

Berliner Tageblatt



Nr. 447 + Ausgabe B Nr. 222
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 447

und Handels-Zeitung

(Hof-Redakteur Theodor Wolff in Berlin,
Druck und Verlags von Rudolf Wolff in Berlin.)

Der Görliker Parteitag über die Kabinettsbildung.

Eine Rede Hermann Müllers über die Wirkung des Versailler Vertrags.

Abstimmungen.

Die Anträge zur Justizreform.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Der Parteitag legte heute die Beschlüsse über den Bescheid der Reichstagsfraktion fort. Von den verschiedenen Reden sind nur noch die Ausführungen **Edwards Benckens** hervorzuheben, der über die Bedeutung der Justizreform und die Bedeutung der Justizreform sprach. Benckens sprach über die Bedeutung der Justizreform und die Bedeutung der Justizreform.

Nachdem ein Antrag auf Entlassung der Debatte angenommen war, erhielt der Reichstagsabgeordnete **Hoch** das Schlusswort. Er teilte mit, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgende Interpellation einbringen gedenke: „Wie die Reichsregierung bereit, angesichts des durch den Unstills in der Justizverwaltung hervorgerufenen Zustandes, im Interesse der Gerechtigkeit, welche Angelegenheiten des Justizwesens zu übernehmen und was zur Verhinderung derartiger Unfälle zu tun ist? Zweitens den Gehältern aus dem Justizdienst aus öffentlichen Mitteln zu zahlen die erste Hilfe zu leisten?“

Nach einem **Schlusswort** **Reis** zur Steuerfrage wurden in der Reichstagsfraktion die verschiedenen Anträge und Resolutionen zum Bericht der Reichstagsfraktion erledigt. Einleitend wurde angenommen wurde die Resolution **Reis** zur Steuerfrage, die bereits mitgeteilt haben, besagende die Resolutionen über die Steuerfrage. Der **Frankfurter** Antrag, die fällige Schuld zu fundieren, wurde unter dem Geleit der Verammlung abgelehnt, nachdem sowohl **Benckens** wie **Reis** keine Ausnahme als eine Interpellation bezeichnet hatten. Besagende der **Frankfurter** Antrag auf Einsetzung eines **Reichsfinanzrats** wegen Steuerinteraktion.

Dann erörterte **Hermann Müller** das Referat über den vierten Punkt der Tagesordnung: „Die Wirkungen des Versailler Friedensvertrages“. Eingangs seiner Rede teilte er mit, dass die gesamte Berliner Presse heute früh Nachrichten über die **Umbildung der Reichsregierung** bringe. Nach der Verteilung der Sätze werde sich demnach zeigen, dass die Reichsregierung, die jetzt im Amt ist, eine neue Reichsregierung sein wird. Müller sprach über die Wirkung des Versailler Friedensvertrages und die Wirkung des Versailler Friedensvertrages.

Die Resolution des Parteitag über die Koalition spreche gar nicht von der Schaffung einer neuen Reichsregierung, sondern schaffe nur für den Fall, dass die Bildung einer neuen Regierung im Reich nicht in den Händen notwendig wäre, die tatsächliche Bewegungsbasis dafür.

Stresemann für eine Koalition mit der Sozialdemokratie.

Eine Programmrede in Forzheim.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Der Abg. Stresemann, der gestern abend in Forzheim sprach, teilte seine zweifelhafte Ausführungen mit einer Begeisterung, die von den Zuhörern mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Stresemann sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie.

Stresemann sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie. Er sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie.

Stresemann sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie. Er sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie.

Um Dr. Wirth.

Kanzlerstürzer.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlichte heute den genauen Wortlaut der Rede, die Dr. **Stresemann** vor einigen Tagen auf dem völkervereinigten Parteitag des Reichsfreiverbandes in Weidenfeld gehalten hat. Wie der Wortlaut seiner Ausführungen ergibt, hat der Führer der Deutschen Volkspartei bei dieser Gelegenheit ganz außerordentlich scharfe Angriffe gegen den Reichskanzler Dr. **Wirth** gemacht. Er führte er aus:

„Ich bedauere, dass Stresemanns Erwählung politisch ausgenutzt wurde, um die Wahlen zu gewinnen. Wenn ein Schiff in Gefahr ist, wenn die Wahlen zu gewinnen sind, dann hat der Kapitän nichts zu tun, als die Wahlen zu gewinnen. Er hat gerade als Leiter der Reichsregierung alles getan, um die Wahlen zu gewinnen. Er hat gerade als Leiter der Reichsregierung alles getan, um die Wahlen zu gewinnen.“

„In einer anderen Stelle geht Dr. **Stresemann** so weit, zu behaupten, der Koalition mit der Sozialdemokratie sei die Verantwortung der Reichsregierung zu übertragen. Er behauptet, dass die Koalition mit der Sozialdemokratie die Verantwortung der Reichsregierung zu übertragen sei. Er behauptet, dass die Koalition mit der Sozialdemokratie die Verantwortung der Reichsregierung zu übertragen sei.“

Der **Reichskanzler** empfing heute morgen folgende **Indultskarte** des Reichstages, darunter auch Herrn **Röcher** vom **Thyssen-Konzern**, die mit dem **Kanzler** Rücksprache nahmen über die gegenwärtige politische Lage. Von Seiten der Regierung betont man, dass bisher keinerlei Verhandlungen über eine Umbildung der Reichsregierung stattgefunden haben.

Stresemann für eine Koalition mit der Sozialdemokratie.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Der Abg. Stresemann, der gestern abend in Forzheim sprach, teilte seine zweifelhafte Ausführungen mit einer Begeisterung, die von den Zuhörern mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Stresemann sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie.

Stresemann sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie. Er sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie.

Stresemann sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie. Er sprach über die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie und die Bedeutung der Koalition mit der Sozialdemokratie.

Der permanente internationale Gerichtshof.

Die Ausschaltung Deutschlands. — Strömungen hinter den Kulissen. — Ein Stückwort.

(Von unserem Korrespondenten.)

Am 14. September. Alles war darauf zugeschnitten, den Tag der Schaffung des ständigen internationalen Gerichtshofes zu einem weltgeschichtlichen Gedenktag, zum Höhepunkt der zweiten Völkerbundstagung zu machen. Am 14. des Völkerbundjahres war die Aufgabe gestellt worden. Der Völkerbundrat begann im Februar 1920 mit den Vorbereitungen. Eine juristische Kommission wurde zum Zwecke der Aufstellung des Statuts des ständigen internationalen Gerichtshofes eingesetzt. Die Kommission gehörte ihr bereits an der Konferenz in Den Haag. Der Spanier **Alamira** und der Holländer **Loeber**; ferner der bei der Wahl so heftig umstrittene Belgier **Descaamps**. Die Vorarbeiten der Haager Konferenz konnten in weitgehendem Maße benutzt werden, doch weist jetzt der Völkerbund mit großer Sorge darauf hin, dass er fertiggestellt habe, was man im Haag nicht zustande bekam. In der Völkerbundstagung vom 13. Dezember 1920 wurde das Protokoll angelegt, durch welches der Gerichtshof geschaffen wurde. Bei Unterzeichnung durch die Mehrheit des Völkerbundes sollte das Statut des Gerichtshofes in Kraft treten. Es gehörten 25 Unterchriften dazu, da der Völkerbund gegenwärtig 48 Mitglieder zählt. Langsam genug kamen diese Unterchriften zustande. Die Artikel, die den Gerichtshof ausbilden, sind obligatorisch angenommen worden, wurde von nur zwölf Staaten ratifiziert. Immerhin hatte man also die Grundlage, um zur Wahl der Richter schreiten zu können, wodurch der Gerichtshof tatsächlich ins Leben treten konnte. Die im März befindliche Generaldebatte wurde am Mittwoch, den 14. September, eigens für den Zweck der Richterwahl ausgesetzt, und man hatte dieses Datum als den Gedenktag des Todes von **Dante** nicht ohne Absicht gewählt. Als freilich die Sitzung mit den feierlichen Gebetsreden und den Hymnen auf den dichterischen Propheten des Weltfriedens geschlossen wurde, war trotz aller Mühe die große Aufgabe doch noch nicht richtig gelöst. Aber die Belegung des letzten Richterplatzes hat sich die Verammlung mit dem Rat nicht einigen können. Der letztere trat für den Belgier **Descaamps**, die ersten für den Chilenen **Alvarez** ein. So brachten die Gebetsrede, welche diesen Völkerbundtag trotz seiner einseitigen Zusammenlegung immer noch durchdringt, auch in diese feierliche Gelegenheit wieder einen gewissen Misston.

Der größte Misston ist und bleibt freilich der rüchsigste: die Ausschaltung Deutschlands. Es ist kein günstiger Stern, unter dem ein Weltgerichtshof geboren wird, wenn man sich kein Gewissen daraus macht, den Zentralstaat Europas wie eine Quantität neigebare einfach zu übergehen. Das ist noch Vergangenheit und Kriegsstimmung, aber immermehr Zukunft und Friedenswert. Was die frühere deutsche Regierung schwer gelitten haben, moralisch wie intellektuell, als sie die Haager Versuche nicht ernst und warmherzig genug unterstützte, so ist es und bleibt es doch kein geringerer Fehler der heutigen Machthaber, nach allem, was geschehen ist, die heutige deutsche Regierung zu behandeln, als ob sich in der Zwischenzeit nichts geändert habe: als ob ein Ober, das für alle Zukunft gedacht ist, überhaupt von so temporären Einfällen befreit werden dürfte, wie politische Einstellungen der einen oder anderen nationalen Regierung immer sein werden. Wollte man etwas Ganges schaffen, wollte man wirklich ein neues Kapitel der Weltgeschichte aufschlagen, dann müsste man über die Zeitereignisse hinweg nach den bleibenden Fundamenten graben; dann dürfte man nicht ein 60-Millionen-Volk und die Mitarbeit seiner führenden Intelligenz für die ihrem Leben nach doch ununterbrochen gedachte Konstitution unbedacht lassen.

Die gänzlich übersehene Deutschlands wurde folgendermaßen durch den Völkerbund nicht nur als Vertreter eines anderen Volkes, das gleichfalls nicht zum Völkerbund gehört, das mit Absicht und aus politischen Berechnungen nicht zu ihm gehört, trotzdem unter die Richter — und zwar unter die ständigen mitaufnahm. Womit nicht gesagt sein soll, dass wir den Amerikaner **John Bassett Moore**, Professor des internationalen Rechtes an der Columbia-Universität und Mitglied des permanenten Schiedsgerichtshofes in Den Haag, irgendeiner für ungeeignet hielten. Man hätte auch die Gelegenheit gehabt, einen weithin sichtbaren Beweis von Verhältnlichkeit zu geben, wenn man wenigstens den Vertreter eines dem Völkerbund jetzt angehörenden besiegten Staates in den Gerichtshof mit hineingenommen hätte. Dieser eine hätte den elf Vertretern der Siegerstaaten gegenüber gewiss noch den größten Vorteil bedeutet. Professor **Moore** ist kein Mitglied der Universität Wien hatte im ersten Wahlgang bereits neun Stimmen für sich gewonnen, während bei diesem Wahlgang später wirklich gewählte Herren mit nur zwei Stimmen figurieren. Auch diese Gelegenheit blieb unbenutzt. Sollte wirklich von dem naiven Geist der hohen Kriegsdarsteller auch noch etwas in diese besorgende Rechtsintuition mit einziehen, der man eine so erhabene Rolle für die Menschheit und die Weltgeschichte ausreichen nicht müde wurde? Aber freilich, gerade die vielen **Vorjahre** **Loeber**, die man in der Generaldebatte schon vorher ausstellte, waren geeignet, einen Menschen von Geschnad bedenklich zu stimmen. Und als am Vorabend des großen Tages eine Denkschrift ausgeteilt wurde, die allerdings dazu dienen sollte, die Bedeutung des Völkerbundes zu unterstreichen, da es man auch nicht ohne ein Gefühl der Beschämung und der Bitterkeit die Parteilichkeit auf Seite 15, dass die Situation 1920 wohl günstiger sei als 1907, weil die militärische und moralische Solidarität der freien Völker, die fünf Jahre für das

Selbsterberg, 22. September. (Z. L.)

Der Industrie- und Handelsrat der Deutschen Volkspartei trat gestern in Anwesenheit der Reichstagsabgeordneten **Dr. Becker**, **Dr. Greiner** und **Dr. Curtius** in **Selbsterberg** zu einer Sitzung über die Steuerentwürfe zusammen.